

Antrag LPT-A07: Armut ist politisch gewollt! Schluss mit Sanktionen und sozialer Kälte

Status: **angenommen**

Armut ist politisch gewollt! Schluss mit Sanktionen und sozialer Kälte

Die Neuregelung der Grundsicherung für Arbeitsuchende ist kein Fortschritt, sondern ein bewusster sozialpolitischer Rückschritt. Unter Verantwortung der Bundesregierung aus Union und SPD wird ein System fortgeführt und verschärft, das auf Misstrauen, Kontrolle und Druck gegenüber Betroffenen basiert.

Statt Armut wirksam zu bekämpfen, wird sie politisch verwaltet, in Kauf genommen und verstärkt. Während Reichtum geschützt und vermehrt wird, werden diejenigen, die auf Unterstützung angewiesen sind, unter Generalverdacht gestellt. Diese Politik ist Ausdruck einer gesellschaftlichen Machtverteilung, in der die Interessen von Vermögenden und Unternehmen über die Bedürfnisse von Millionen Menschen gestellt werden.

Die bestehende Grundsicherung ist kein neutrales Sicherungssystem, sondern ein Instrument, um Druck auf Löhne auszuüben und Menschen in unsichere und schlecht bezahlte Arbeit zu zwingen. Sanktionen, zu niedrige Regelsätze und entwürdigende Verfahren sind Kern dieses Systems.

Wir stellen uns als Landesverband dieser Politik entschieden entgegen. Wir kämpfen für einen grundlegenden Bruch mit der Logik von Hartz IV und seiner Fortschreibung durch die Bundesregierung. Eine soziale Sicherung, die ihren Namen verdient, muss Menschen vor Armut schützen, statt sie zu disziplinieren. Das Existenzminimum ist durch Art. 1 Abs. 1 Grundgesetz (GG) in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip des Art. 20 Abs. 1 GG geschützt und darf nicht relativiert oder unterschritten werden.

Bezüglich der geplanten Sanktionen von bis zu 100 % der Leistungen inkl. der Kosten für Unterkunft, urteilte das Bundesverfassungsgericht bereits 2019, dass diese unverhältnismäßig sind und gegen die Menschenwürde verstoßen. Diese stehe demnach allen zu und werde selbst durch vermeintlich "unwürdiges" Verhalten nicht verwirkt (vgl. BVerfG, 05. November 2019, 1 BvL 7/16). Jede Kürzung existenzsichernder Leistungen ist damit ein direkter Angriff auf die Menschenwürde. Totalsanktionen stehen darüber hinaus dem übergeordneten Ziel der Beendigung oder Verringerung der Hilfebedürftigkeit insbesondere durch Eingliederung in Arbeit entgegen, da die Sanktionen im schlimmsten Falle zur Obdachlosigkeit der Betroffenen führen, was die Eingliederung in Arbeit erheblich erschwert.

Ein Sozialstaat, der Menschen mit dem Entzug ihrer Lebensgrundlage droht, verliert seine Legitimation. Stattdessen braucht es eine Grundsicherung, die tatsächlich vor Armut schützt und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Die Höhe der Leistungen muss sich an den realen Lebenshaltungskosten orientieren und darf nicht länger politisch kleingerechnet werden. In einer Stadt wie Hamburg bedeutet das insbesondere, dass steigende Wohnkosten vollständig berücksichtigt werden. Alles andere zwingt Menschen in Verdrängung, Unsicherheit und soziale Isolation.

Ein solcher Systemwechsel erfordert auch ein Ende der strukturellen Kontrolle und Bevormundung durch das bestehende System. Die Prüfung von Bedarfsgemeinschaften und Vermögen greifen bis ins Privatleben der Menschen ein, reproduzieren Abhängigkeiten und Unsicherheiten, und binden erhebliche Verwaltungskapazitäten. An ihre Stelle muss ein individuelles Recht auf soziale Absicherung treten – unabhängig von familiären Konstellationen und frei von entwürdigender Kontrolle.

Staatliche Unterstützung darf sich nicht an den Anforderungen eines Niedriglohnssektors orientieren. Das Recht auf freie Wahl des Arbeitsplatzes wird nicht durch den Bezug von Grundsicherung verwirkt. Stattdessen müssen Behörden mit ausreichenden Mitteln und qualifizierten Mitarbeitenden ausgestattet werden, sodass diese für Betroffene erreichbar sind und durch ein umfangreiches und barrierefreies Angebot echte Perspektiven eröffnet werden können.

Armut und Abstiegsängste prägen zunehmend die gesellschaftliche Realität. Rechte Kräfte knüpfen an diese Unsicherheit an. Wo Menschen erleben, dass soziale Sicherheit fehlt, wächst die Offenheit für autoritäre und rechte Parteien. Eine Politik, die Armut produziert oder hinnimmt, schafft einen Nährboden für rechte Entwicklungen. Wer die Demokratie schützen will, muss Armut als gesellschaftlichen Faktor konsequent bekämpfen.

Der Landesparteitag beauftragt den Landesvorstand sowie alle Mandatsträger*innen, diese Auseinandersetzung offensiv zu führen. Die Linke Hamburg wird den Widerstand gegen den Sozialabbau verstärken, Bündnisse mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und Initiativen ausbauen und die Frage der sozialen Sicherung zu einer zentralen politischen Forderung machen – in Parlamenten, auf der Straße und in gesellschaftlichen Debatten.

Armut ist kein individuelles Versagen. Armut ist das Ergebnis politischer Entscheidungen und des kapitalistischen Systems. Und genau deshalb kann und muss sie überwunden werden.